

# Parteipositionen zur Bundestagswahl im Spiegel unserer Politischen Forderungen

	CDU CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Freie Demokraten FDP	FREIE WÄHLER Bundesvereinigung	DIE LINKE.	Alternative für Deutschland
<b>Die EU demokratisieren, Mitbestimmung stärken!</b>	Keine Angaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform der EU-Kommission: Aufstellung von gemeinsamen Spitzenkandidatinnen</li> <li>Das Europäische Parlament erhält vollständige Mitwirkung an der Wirtschafts- und Währungspolitik, das vollständige Budgetrecht, das Recht zur Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder und das Recht zur Gesetzesinitiative übertragen.</li> <li>Strukturänderung des Europäischen Parlamentes für ein "Eurozonen-Parlament"</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einführung europäischer Spitzenkandidat*innen für das Amt des oder der Kommissionspräsident*in</li> <li>Das Europäische Parlament soll im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe mitentscheiden dürfen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Europäisches Parlament soll nach einheitlichem Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden.</li> <li>EU-Kommission kann auf 16 Kommissare verkleinert werden.</li> <li>Europäisches Parlament soll zu Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden.</li> <li>Rat der Europäischen Union soll sich zu moderner zweiter Kammer entwickeln</li> <li>Europäischer Einigungsprozess soll das Ziel einer dezentral und bundesstaatlich verfassten Europäischen Union haben.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verkleinerung der EU-Kommission auf 10 Kommissare.</li> <li>Verstärkte Prüfung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei allen Entscheidungen über EU-Gesetze</li> <li>Stärkere Kontrollrechte des Bundestags und Bundesrats gegenüber der EU sowie des Europaparlaments gegenüber der EU-Kommission, um auch in Europa die Bürokratie einzugrenzen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für eine EU, in der die Parlamente entscheiden.</li> <li>EU-weite Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Freiheit und Selbstbestimmung der europäischen Nationen</li> <li>„Lissabon-Europa“ zurückführen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren</li> <li>Strikte Einhaltung des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten</li> </ul>
<b>Gute EU-Rechtssetzung braucht Transparenz und Gründlichkeit!</b>	Keine Angaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>Transparenzregister, in dem alle Eigentümer, Begünstigte wie auch die verantwortlichen Personen eines Unternehmens für 42 Steuerbehörden transparent aufgeführt sind</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Striktere Karenzen für Kommissionsmitglieder und höchste Entscheidungsträger</li> <li>mehr Transparenz durch ein verpflichtendes und verbindliches Lobbyregister</li> <li>Minister*innenrat sollte öffentlich tagen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Transparenz in der EU durch nachvollziehbarere Entscheidungen und Vereinfachung des Rechts erhöhen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Grundlegende Entscheidungen in der EU müssen vom Europaparlament und den nationalen Parlamenten getroffen werden statt von nicht-legitimierten Gremien wie der EU-Kommission oder dem Rat.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden</li> </ul>
<b>Vorreiterin bleiben: Gleichstellung auf allen Ebenen!</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gleichstellung der Frau in Führungspositionen im öffentlichen Dienst bis 2025 abschließend erreichen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ (zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz reformieren und Verbandsklagerecht einführen</li> <li>Gleichstellungsstandards setzen, um Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftssystems zu fördern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Chancengleichheit für Männer und Frauen z.B. bei der Wahl des Arbeitsmodells</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Frauen und Kinder besser schützen, wenn sie Opfer häuslicher Gewalt wurden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe durchsetzen</li> </ul>	Keine Angaben
<b>Soziale Standards erhöhen durch Innovation und Wettbewerbsfähigkeit!</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fairer offener Wettbewerb zum Wohle des Verbrauchers</li> <li>Schaffung von europaweiten Arbeitsplätzen</li> <li>Abbau der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa durch gemeinsam vereinbarte Regeln</li> <li>Gesellschaftliche Teilhabechancen für die Menschen als Europäisches Sozialmodell</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU verbessern</li> <li>Soziale Rechte gleichrangig gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes</li> <li>Wirksame EU-Regeln gegen Lohn- und Sozialdumping</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkere finanzielle Verantwortung Deutschlands bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>WTO als zentralen Ort zur Schaffung eines gerechten globalen Welthandelssystems stärken.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aufweichung des Vorsorgeprinzips durch internationale Handelsabkommen</li> <li>Künftig soll nicht das Wohnsitzland, sondern das EU-Heimatland für die soziale Sicherung seiner Bürger zuständig sein</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mindestsicherung für alle dauerhaft in Deutschland lebende Menschen</li> <li>Europäisches Investitionsprogramm für Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Sozialleistungen für EU-Bürger nur, wenn diese zuvor vier Jahre versicherungspflichtig in Deutschland beschäftigt waren &amp; Lebensunterhalt damit vollständig selbst decken konnten</li> </ul>
<b>Für einen Binnenmarkt der Zukunft!</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehr Forschung und Entwicklung zur Schaffung eines digitalen Binnenmarktes.</li> <li>Vollendung der Energie-Union</li> <li>Für CETA und TTIP</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt schaffen</li> <li>europäische Angleichung der Unternehmensbesteuerung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>EU soll als größter Binnenmarkt eine führende Rolle bei der Regulierung des Welthandels einnehmen</li> <li>Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen Verfahren beim Handel innerhalb der EU</li> <li>Schaffung eines europäischen digitalen Binnenmarktes</li> <li>EU-Zölle für Entwicklungsländer auf verarbeitete Produkte senken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Liberalisierung des Energiebinnenmarktes und Stärkung des transeuropäischen Netzausbaus stärken</li> <li>Regulierungsbedingte Barrieren im digitalen Binnenmarkt abbauen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ablehnung der umstrittenen Handelsabkommen CETA, TTIP und TISA</li> <li>Anwerbung für britische Unternehmen, im Zuge des Brexits ihren Sitz nach Deutschland zu verlegen</li> <li>Strategische Rohstoffpartnerschaften vorantreiben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abschaffung von TTIP, CETA, TISA, JEFTA und EPAs</li> <li>Ablehnung der Kapitalmarktunion</li> <li>EURATOM auflösen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Grenzüberschreitende Haftung deutscher Banken für alle anderen EU-Banken muss ausgeschlossen bleiben</li> <li>Diskriminierungsfreier Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen</li> </ul>
<b>EU-Politiken fit machen für Nachhaltigkeitsziele und Klimavertrag!</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Umsetzung des 2017 beschlossenen Klimaschutzplans</li> <li>Langfristig großen Teil der fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energien ersetzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abschaffung der europaweiten Fördermöglichkeiten zum Bau neuer Atomkraftwerke</li> <li>Einführung von CO2-Mindestpreis europaweit</li> <li>Entwicklung einer integrierten europäischen Klimadiplomatie</li> <li>Europaweite Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von PKWs</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aus Kohle aussteigen, Erneuerbare Energien ausbauen</li> <li>Verpflichtende CO2-Reduktion für alle 27 EU-Staaten von mind. 95% ggü. 1990</li> <li>Überkapazitäten der europäischen Fangflotte abbauen</li> <li>Zulassung neuer chemischer Wirkstoffe in der EU einschränken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gegen nationale Alleingänge im Klimaschutz und Klimaziele Deutschlands an die gemeinsamen europäischen Ziele angleichen</li> <li>Ablehnung technischer Auflagen zur Treibhausgasminimierung auf EU-Ebene</li> <li>EU-Emissionshandel als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument zur kosteneffizienten Vermeidung von Emissionen stärken und auf weitere Sektoren (z.B. Wohnen und Verkehr) ausdehnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Pariser Klimaabkommen mit einer starken und handlungsfähigen Europäischen Union umsetzen</li> <li>Fracking verbieten</li> <li>Auf internationaler Ebene Atomausstieg von Nachbarländern vorantreiben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>CO2-Grenzwert für Neuwagen in Europa ab 2025 auf maximal 60 Gramm pro KM</li> <li>Atomausstieg in Europa und weltweit</li> <li>Innereuropäischen Flugverkehr reduzieren und auf die Schiene verlagern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aufheben</li> <li>Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen</li> </ul>
<b>Offene Grenzen innerhalb eines vereinten Europas!</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Außengrenzen wirksam gegen illegale Migration schützen</li> <li>Stärkung des europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX</li> <li>Binnengrenzkontrolle weiterhin aufrecht erhalten bis der Schutz der EU-Außengrenzen sicher ist</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums verstärken</li> <li>Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten effektiv umsetzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Geregelte Verfahren und Kontrolle der europäischen Außengrenze</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>FRONTEX zu echtem europäischen Grenzschutz mit eigener Handlungsbefugnis und Kontrolle durch das Europäische Parlament ausbauen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>EU-Außengrenzen gemeinsam schützen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>FRONTEX abschaffen, stattdessen koordinierte Seenotrettung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Grenzen müssen umgehend geschlossen werden</li> <li>Europäische Zusammenarbeit soll sich im Wesentlichen auf Sicherung der europ. Außengrenze konzentrieren</li> <li>Bewachung der grünen Grenze durch integrierte Sicherungssysteme</li> </ul>
<b>Gemeinsam handeln in der Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik!</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Alle EU-Staaten zur Verantwortung ziehen in der Flüchtlingspolitik</li> <li>EU-Türkei-Abkommen als Vorbild nehmen und weitere Flüchtlingsabkommen mit anderen Ländern in der Region und im nördlichen Afrika schließen</li> <li>Schnellstmögliche Umsetzung des beschlossenen europäischen Ein- und Ausreiseregister</li> <li>Europäisches Asylsystem vollenden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe und eine einheitliche Entscheidungspraxis</li> <li>Finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt für die Staaten, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe und eine einheitliche Entscheidungspraxis in der Europäischen Union.</li> <li>Faire Verteilung der Asylbewerber und kein Flüchtlingsdeal mit der Türkei</li> <li>Humane und menschenrechtskonforme EU-Flüchtlingspolitik etablieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abgestimmte Außen-, Sicherheits-, Handels-, und Entwicklungspolitik, die verstärkt auf Krisenprävention und Konfliktbewältigung zur Bekämpfung von Fluchtursachen abzielt</li> <li>Die EU-Länder, die Flüchtlinge aufnehmen, sollen aus einem Fond unterstützt werden</li> <li>Asylanträge sollen im Ausland gestellt werden können</li> <li>Anzahl an Arbeitsmarkt- und Ausbildungsvisa erhöhen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kooperation mit regionalen Bündnissen wie der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga intensivieren</li> <li>Rückführungsabkommen mit weiteren Ländern Afrikas</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>EU-Türkei-Deal aufkündigen</li> <li>Finanzielle Unterstützung der Länder, die Flüchtlinge aufnehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verschärfung der Ausschlussgründe für Einbürgerung bei Kriminalität</li> <li>Alle abgelehnten Asylbewerber in ihre Herkunftsländer zurückführen</li> <li>Abschaffung des einklagbaren Anspruchs auf Einbürgerung</li> <li>Gegen „Gemeinsames Asylsystem“</li> </ul>
<b>Europa gemeinsam verteidigen!</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion und eines Europäischen Verteidigungsfonds</li> <li>Mehr Unterstützung der NATO</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion mit einer europäischen Armee (Ergänzung zur NATO)</li> <li>Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile Krisenprävention und Krisenmanagement unterstützen</li> <li>Gesamteuropäischer Abrüstungsvertrag: Abzug der verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verstärkte Zusammenarbeit und Integration der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten</li> <li>Stärkere Europäisierung der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik</li> <li>Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit, ausgehend von OSZE und eingebettet in NATO</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame Einsätze multinationaler Verbände von EU und NATO verfassungsfest erleichtern</li> <li>Aufbau einer europäischen Armee: engere Verzahnung und Ausbau der gemeinsamen Fähigkeiten</li> <li>Gemeinsame Ausbildung und militärische Integration</li> <li>Europa muss stärkere Rolle innerhalb der NATO übernehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Militärische Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten systematisch ausdehnen</li> <li>Europas Rolle in der NATO stärken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gegen eine militärische Komponente im Europäischen Auswärtigen Dienst</li> <li>Keine Militarisierung der EU</li> <li>Weltweite Abrüstung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ablehnung einer EU-Armee oder eines Einsatzes deutscher Streitkräfte für fremde Interessen</li> <li>Europäischen Einfluss in der NATO stärken</li> </ul>